

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 6

Artikel: Lateinamerikanische Uebersicht. Viele Exempel und keine Beispiele
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095284>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerikanische Uebersicht

Viele Exempel und keine Beispiele

Von Alphonse Max

Wo sind die politischen Verhaltensweisen in Lateinamerika exemplarisch? In Ecuador ist Velasco Ibarra zum vierten Male in seinem bewegten Leben als Präsident abgesetzt worden; das Land wird weiterhin diktatorisch regiert. In Chile kämpft der vom Parlament gewählte Präsident Allende dagegen, dass die parlamentarische Demokratie, nachdem sie ihre Schuldigkeit getan hat, weiterhin funktionieren soll. Im demokratischen Uruguay ist es nach den Wahlen vom letzten Herbst endlich zur Bildung einer neuen Regierung gekommen, aber die politische Landschaft wird weiterhin von den Tupamaros geprägt, die so oder so nichts von Wahlen halten und die Politik mit andern Mitteln fortsetzen.

In Uruguay hat am 1. März die Regierung Bordaberry ihr Amt angetreten, aber die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen nach der Wahlniederlage der Volksfront-Gruppierungen ist nur scheinbar.

Tupamaros:

Ein Blick hinter das Werbeprofil

Dass die Novemberwahlen eine nicht zu verbergende Niederlage der Linken darstellten, ist nämlich nur bedingt richtig. Wohl hat das Wahlergebnis die nach der Machtübernahme Allendes in Chile verkündete These widerlegt, wonach eine Sozialisierung (im kommunistischen Sinn) aller Länder Lateinamerikas von nun an ohne weiteres über den Stimmzettel erfolgen könne, aber gerade deshalb sehen die Tupamaros ihren Standpunkt bestätigt, dass Wahlen nicht das geeignete Mittel zur Machtergreifung bilden.

Das ist denn auch seit zehn Jahren das Credo der eigentlichen Tupamaro-Führer, deren Identität übrigens zumeist bekannt ist, obwohl man ihrer wegen Mangels an gerichtstauglichen Beweisen nicht habhaft werden kann oder auch aus Angst nicht habhaft werden will. Sie hatten für Urnengänge nie anderes als Spott übrig. Diese Einstellung ist psychologisch verständlich, denn die Entstehung der Tupamaro-Organisation war seinerzeit mit dem Fiasko der Sozialistischen Partei (SPU) zusammengefallen, als diese nach den Wahlen von 1962 keinen einzigen Vertreter mehr ins Parlament entsenden konnte.

Die späteren Ereignisse beweisen, dass die SPU-Führer dieses Thema nicht überwinden konnten. Die Tupamaro-Bewegung nahm Ende 1962 ihren Anfang als militärischer Arm der SPU; ihr Anführer wurde Raul Sendic, der als SPU-Kandidat in seinem Bezirk eine besonders demütigende Wahlniederlage hatte einstecken müssen. Diese Ausgangslage war für die gesamte spätere Entwicklung massgeblich.

Es ist nicht zu leugnen, dass sich die sozialen Zustände in Uruguay in den letzten Jahren rapide verschlechtert haben, doch ist von dieser Erscheinung nicht die gesellschaftliche Schicht am meisten betroffen, aus der die Tupamaros stammen. Im Gegenteil: Es ergibt sich bei näherem Hinsehen, dass die breite Masse der Bevölkerung, die durch den Zerfall der Wirtschaftsstruktur unmittelbar geschädigt wird, ihre Stimme gerade denen gibt (wie die letzten Wahlen gezeigt haben), die nach Meinung der Tupamaros diesen Zerfall verschulden.

In der Praxis sind nämlich sowohl die Tupamaro-Bewegung als auch der Wahlvorgang Ma-

nifestationen eines Klassenkampfes sui generis. Während sich die Söhne der «Oligarchie» der elitären Organisation der Tupamaros angeschlossen haben, um mit Gewalt jene Machtposition zu erobern, die sie im demokratisch-politischen Wettbewerb nicht erringen können, hat sich die Masse eindeutig (mit vier Fünfteln aller Wähler) für die beiden traditionellen Parteien — Partido Colorado und Partido Nacional (oder Blanco) — entschieden. (Der neue Präsident Bordaberry war von den Colorados portiert worden. Diese stellen auch das jetzige Kabinett, nachdem die Koalitionsbestrebungen leider gescheitert sind.)

Das weltweit verbreitete Werbeprofil der Tupamaros ist das der Gralshüter der öffentlichen Moral, die aus sittlichen und sozialen Gründen die Struktur des Landes verändern möchten. Dieser edle Zweck rechtfertigt laut Darstellung ihrer Anhänger jedes Mittel. Diese seit Loyolas Zeiten bekannte These enthält nicht nur einen durch die Erfahrungen mit sämtlichen «sozialistischen» Regimes widerlegten gesellschaftlichen Optimismus, indem sie Strukturwechsel dem Volkseil gleichsetzte, sondern sie verwandelt auch das Gemeinverbrechen durch eine sozial begründete Pauschalrechtfertigung in eine Dauerideologie.

Die ständige Erneuerung und Erweiterung der Tupamaro-Kader, unter anderem mit dem Zweck, die finanzielle Grundlage der Organisation durch Raub und Diebstahl zu sichern, bringt die Stadtguerillas unvermeidlich auf Kollisionskurs mit der Kommunistischen Partei Uruguays (KPU). Denn, so argumentieren die Genossen der KPU, die Aktivität einer Untergrundbewegung fordert die Reaktion der Staatsorgane heraus. Ausserdem werben die Tupamaros ihre Mitglieder ja hauptsächlich innerhalb jener Sektoren an, die zuvor als unangefochtene Domäne der KP galten: Studenten, Freierwerbende und frustrierte Personen jeglicher Couleur. Allerdings gelangt der Zusammenprall zwischen Tupamaros und KP nur zum kleinsten Teil an die Oberfläche. Politisch ausgetragen wird er hauptsächlich in Klausursitzungen der sogenannten «Breiten Front» zwischen Vertretern der Sozialisten und der KPU. Nach aussen hin gibt sich die KPU grösste Mühe, die inexistente Einheit der Linken mit skandierten Losungen («El pueblo unido jamas sera vencido») vorzutäuschen.

Das Streben nach einem Modus vivendi mit den Tupamaros gibt es auch in den traditionellen Parteien. Einige führende Politiker wollen auf diese Weise zur Befriedung des Landes beitragen. Solche Absichten sind aber deshalb utopisch, weil die Tupamaros keineswegs den Dialog suchen, sondern aufs Ganze gehen. Ihre ur-

sprünglich vielleicht künstliche Verachtung für die «Politikaster» hat sich unterdessen in einen Wesensbestandteil ihrer Weltanschauung verwandelt. Jeder gelungene Terroranschlag (an solchen fehlt es in der Tat nicht) verstärkt ihr Gefühl, dass die absolute Macht greifbar nahe liegt.

Dazu kommt etwas anderes. Auf subalternen Posten der Hierarchie befinden sich sehr viele Tupamaros, die sich an Diebstählen, Raubüberfällen, Mordanschlägen, Entführungen usw. beteiligt haben, so dass ihnen eine Reintegration ins zivile Leben gar nicht mehr möglich ist. Sie sind dazu verdammt, immer weiter nach der Macht zu streben, völlig unabhängig davon, ob sie damit nun etwas anzufangen wissen oder nicht. Für sie gibt es einfach kein Zurück mehr. Innerlich haben sie bei der angestrebten Machtübernahme eigentlich gar kein politisches Ziel mehr, weil sie für geregelte Lebensverhältnisse in keinerlei Gesellschaftsordnung ansprechbar sind.

Diese Ueberlegungen sind natürlich nur für Tupamaros zweiter Garnitur gültig. Anders verhält es sich mit den politischen Führern im Hintergrund, die durchaus imstande sind, desorientierte Jugendliche zu missbrauchen, ohne ihre eigene politische Orientierung zu verlieren. Sie handhaben den Satz, dass der Zweck die Mittel heilige, auch gegenüber ihren eigenen Anhängern, die nach einer Machtübernahme unvermeidlicherweise zu opfern wären.

Die Tupamaro-Bewegung wird vermutlich in Zukunft mit verschärfter Vehemenz wirken. Ob sie selbst als politische Bewegung zur Machtübernahme taugt oder nur ihren Rivalen von der KP dazu verhelfen wird, ist eine andere Frage. Durchaus möglich ist es, dass es zu der in Lateinamerika häufigen Zersplitterung kommt und dass die Organisation schliesslich ganz in vulgäre Kriminalität abfallen wird.

Chile: Muss sich eigentlich auch eine «progressive» Regierung an die Verfassung halten?

In Chile hat und macht das Parlament Schwierigkeiten, weil es darauf beharrt, dass die Regierung die Verfassung einzuhalten habe, welche die Beschlüsse der Legislative für die Exekutive als verbindlich erklärt (was in einer Demokratie eine Selbstverständlichkeit sein sollte).

Das Parlament hat die Nationalisierung von Unternehmen gesetzlich in seine eigene Zuständigkeit gewiesen, aber die Regierung hält sich in keiner Weise daran und verstaatlicht jeden Tag weiter. Allende droht die Auflösung des Kongresses an und hat erklärt, eine Volksabstimmung würde nicht organisiert, «wie es die Opposition will». Bisher waren Urnengänge in Chile noch demokratisch organisiert worden. Anscheinend soll das jetzt anders werden. Das angeblich neue Modell der sozialistischen Demokratie gleicht sich immer mehr den nicht so neuen Modellen an, in denen die Demokratie schon längst geopfert wurde.

Unterdessen wachsen die finanziellen Probleme der Regierung. Nachdem die Regierung die Abzahlung der Washingtoner Export-Import-Bankkredite durch einen einseitigen Beschluss eingestellt hatte, weigerte sich die Bank, dem Land zusätzliche Kredite zu gewähren. Chiles Schuldenberg wächst zusehends; es ist eines der verschuldetsten Länder der Welt. Die Preise steigen



«In Gold we trust.» Karikatur von «Punto Final», Santiago de Chile. Der Spott auf den Dollarglauben ist schon recht, aber zur Behebung der finanziellen Schwierigkeiten im eigenen Lande reicht er nicht.

nach der langen Einfrierung wieder an, aber kaum genügend, um die Wirtschaft ankurbeln zu können.

Mit den steigenden Preisen verlangen die Arbeiter wieder Lohnzulagen und drohen zu streiken, falls ihnen diese nicht gewährt werden. Präsident Allende erklärte, dass er keine Streiks in den Kupferminen dulden würde.

Die Grubenarbeiter würden von «beruflichen Gewerkschaftern» geleitet, beklagte er sich. Dabei waren es gerade diese beruflichen Gewerkschafter, die der Kommunismus benutzte, um die Kupfergruben zu sabotieren, als sie noch in den Händen privater Gesellschaften waren; damals wurden sie für ihre Taten von den «Verteidigern des Volkes», den Kommunisten und Sozialisten, gelobt und gepriesen, jetzt werden sie plötzlich wie Verräter behandelt!

Der Vorschlag, Genossenschaften zu bilden, bei denen die Arbeiter Teilhaber wären, wurde von Allende entschieden abgelehnt, denn die Unidad Popular, die den Sozialismus in Chile anstrebt, könne sich nicht erlauben, sagte er, dass die chilenischen Arbeiter als «Kapitalisten» auftreten. Mit anderen Worten: Der «Sozialist» Allende wünscht nicht einmal den Kommunismus nach jugoslawischem Modell für sein Land. Ferner wollte er die Arbeiter beschwichtigen, die sich dagegen aufgelehnt hatten, dass die Techniker grössere Gehaltsaufbesserungen erhalten als die ungelerten Arbeiter, indem er sich auf Lenins Worte berief: «Ein Techniker ist mehr wert als ein militanter Revolutionär.»

Sowohl in Europa als in den USA werden immer wieder Stimmen laut, die davor warnen, die Wirtschaftshilfe an Chile abzubrechen, um nicht «denselben Fehler wie in Kuba zu begehen». Laut diesen anscheinend an Gedächtnisschwund leidenden «Beratern» wurde Kuba nämlich «in die Arme Russlands getrieben», als Washington sich weigerte, das Regime Fidel Castros weiter zu unterstützen. Sie berufen sich dabei auf Castros Reise nach den USA und Lateinamerika nach dem Umsturz vom 1. Januar 1959 (der ohne die Hilfe der USA, die Castro Waffen und logistische Unterstützung lieferten, überhaupt nicht gelungen wäre), vergessen jedoch, dass Castro

selbst nur wenig später kategorisch erklärte, dass er «Marxist-Leninist sei und immer gewesen war». Man kann von keinem Staat erwarten, dass er einem Land Hilfe leistet, das das Eigentum dieses Staates oder von Bürgern desselben ohne Entgelt enteignet, ihn unentwegt beschimpft, das geliehene Geld einfach nicht zurückzahlt usw.

UdSSR-Botschafter: «Lenin hätte Terror gegen brasilianische Regierung niemals gebilligt!»

Die Sowjetunion handelt ganz anders als der Westen. Sie hegt zwar keine Bedenken, zum Beispiel die Wirtschaftsbeziehungen mit dem «militaristischen Schreckensregime» in Brasilien in einem bisher nicht gekannten Ausmass zu intensivieren und damit praktisch zur Konsolidierung dieses Regimes beizutragen, aber die Russen tun das nicht etwa, weil sie den «unterentwickelten Ländern Wirtschaftshilfe leisten wollen», denn erstens profitieren sie von dem Brasilienhandel mindestens genauso viel, wenn nicht mehr, wie die Brasilianer, und zweitens benutzen sie ihre wirtschaftliche Penetration, um sich auch politisch zu infiltrieren. Als «Stimmungsmacher» sind die Lichtspielsäle in Rio de Janeiro zurzeit von sowjetischen Filmen überschwemmt, der Besuch russischer Fussball- und Basketballmannschaften steht auf der Tagesordnung. Mit den sowjetischen Käufen von brasilianischem Zucker im Werte von 40 Millionen Dollar hat der verstärkte Handelsaustausch einen vielversprechenden Anfang genommen.

Damit nicht nur die Kasse, sondern auch die Ideologie stimmt, hat der sowjetische Botschafter in Brasilia vor kurzem das interessante Geständnis gemacht, Lenin würde, wenn er heute noch lebte, den gegen die brasilianische Regierung gestarteten Terrorismus niemals gebilligt haben...!

In Ecuador hat José Maria Velasco Ibarra einen Weltrekord geschlagen, als er das vierte Mal abge-

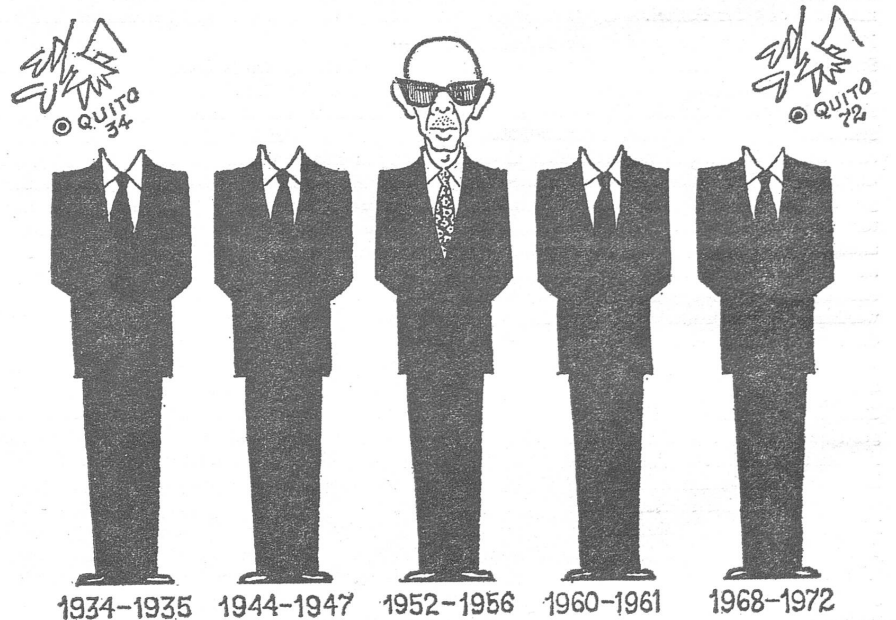
setzt wurde. Fünfmal war er zum Präsidenten gewählt worden, aber nur ein einziges Mal (1952 bis 1956) konnte er sein Mandat gesetzesmässig beenden.

Ecuador:

«Stürzt ihn, bevor er weg gewählt wird!»

Diesmal fehlten nur vier Monate bis zu den Wahlen, auf dessen Abhaltung Velasco, obgleich er praktisch als Diktator regierte, bestand. Die Streitkräfte wollten jedoch verhindern, dass der Präsidentschaftskandidat mit den meisten Chancen, gewählt zu werden, Assad Bucaram, an die Macht komme. Bucaram ist ein politischer Führer der Linken aus Guayaquil. Schon seit dem Anfang des Bestehens der Republik gab es in Ecuador eine politische Rivalität zwischen dem Küstenland (und dessen Zentrum Guayaquil) und dem Hochland (mit der Hauptstadt Quito). Und es war auch zur Zeit, da Velasco sich in Guayaquil befand, um sich über das Fernsehen an die Bevölkerung zu wenden, dass er in einem unblutigen und nicht völlig unerwarteten Coup gestürzt wurde. Man stürzte ihn, damit er nicht weg gewählt werden konnte, und das war nicht einmal so unlogisch!

Ecuador wird weiterhin diktatorisch regiert werden; anstatt des demagogischen Geronten Velasco Ibarra (79) wird der General Guillermo Rodriguez Lara (48) der Staatschef sein. Das Militärregime hat «revolutionären Nationalismus» versprochen, aber das Modell Perus öffentlich abgelehnt. Da sowohl Velasco Ibarra als auch Bucaram links standen, wird angenommen, dass die neue Regierung eher rechts sein wird; aber das muss keineswegs stimmen. Wie dem auch sei, es ist wahrscheinlich, dass die Regierung versuchen wird, ein bisschen Ordnung in das Riesenchaos in der Wirtschaft zu bringen, ein Vorhaben, das durch die vor kurzem gemachten Oelfunde eventuell erleichtert würde. ■



In Ecuador war der soeben wieder abgesetzte José Maria Velasco Ibarra fünfmal Präsident. Und nur einmal (1956) endete seine Amtszeit ohne Putsch. Hierzu die Karikatur von «La Nacion» (Buenos Aires: «Symetrie»).